



Luxemburg im IWF

Bankenplatz und Schuldenkrise

Das Informationsbulletin der ASLN (Association Solidarité Luxembourg-Nicaragua) veröffentlichte in seiner Nummer 55 ein Dossier zur internationalen Schuldenkrise. Ein Artikel von Romain Hilgert, den wir im folgenden auszugsweise übernehmen, beleuchtet die Rolle Luxemburgs in diesem Zusammenhang.

Bei der Gründung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (BIRD), kurz "Weltbank", am 27. Dezember 1945 wurde das Kapital auf 10 Milliarden Dollar festgesetzt, aufgeteilt auf 100.000 Aktien. Luxemburg kaufte davon 100 Aktien und verfügte so über 0,1 % des Kapitals. Als die Weltbank 1947 ihre Aktivitäten aufnahm, ließ sie Luxemburg 12 Millionen Dollar zur

Modernisierung der in Privathand befindlichen Stahlindustrie.

Nach verschiedenen von Luxemburg mitgetragenen Kapitalerhöhungen (1960, 1978, 1980, 1985) und der Ausgabe von 250 kostenlosen Aktien (1980) kontrolliert Luxemburg mit 1177 Aktien 0,14% des Kapitals.

Am 26. April 1988 deponierte Minstre du Trésor Jacques F. Poos einen Gesetzesentwurf im Parlament, um bei einer laufenden, neuen Kapitalerhöhung 725 weitere Aktien zu 100.000 Dollar zu kaufen. Beim gegenwärtigen Dollar-Kurs macht das einen Wert von 87,5 Millionen Dollar oder 3,2 Milliarden Franken aus. Davon müssen allerdings

Risikoprovisionen zur Steuereinsparung

nur 3 % bis zum 30. September 1993 bezahlt werden, die restlichen 97 % würden fällig, wenn der Bank das Geld ausginge. Die geplante Kapitalerhöhung, die wohl in den kommenden Monaten vom Parlament gestimmt wird, kostet die Steuerzahler 94,2 Millionen Franken, von denen fünf Jahre lang jährlich 18,9 Millionen Franken über das Staatsbudget verbucht werden.

Als erste Ursache, weshalb sich Luxemburg an der Kapitalerhöhung beteiligen soll, führt die Regierung an, "parce que les entreprises luxembourgeoises ont accès aux marchés financés par ces organisations et que ces retombées ont été largement positives dans le passé." Und tatsächlich konnten Luxemburger Unternehmen mit der Weltbank finanzierte Geschäfte in einer Gesamthöhe von 33,4 Millionen Dollar machen, davon 2 Millionen Dollar letztes Jahr. Entwicklungshilfe ist bekanntlich fast immer indirekte Subventionierung Luxemburger Privatbetriebe.

Der Staatsrat hat noch ein anderes Argument entdeckt: "La souscription de parts dans la B.I.R.D. n'est pas une dépense 'à fonds perdus', étant donné que l'Etat devient actionnaire d'une banque très profitable." Denn die Weltbank macht jährlich über eine Milliarde Profit, während Kinder verhungern, um Zinsen zu zahlen. An diesen Kindern ist der Staatsrat weniger interessiert, dafür aber um so mehr an der "forte dépendance de la place fi-

nancière de Luxembourg du maintien de la solvabilité des pays en développement." (Parlamentarische Dokumente Nr. 3200 und 3200') ...

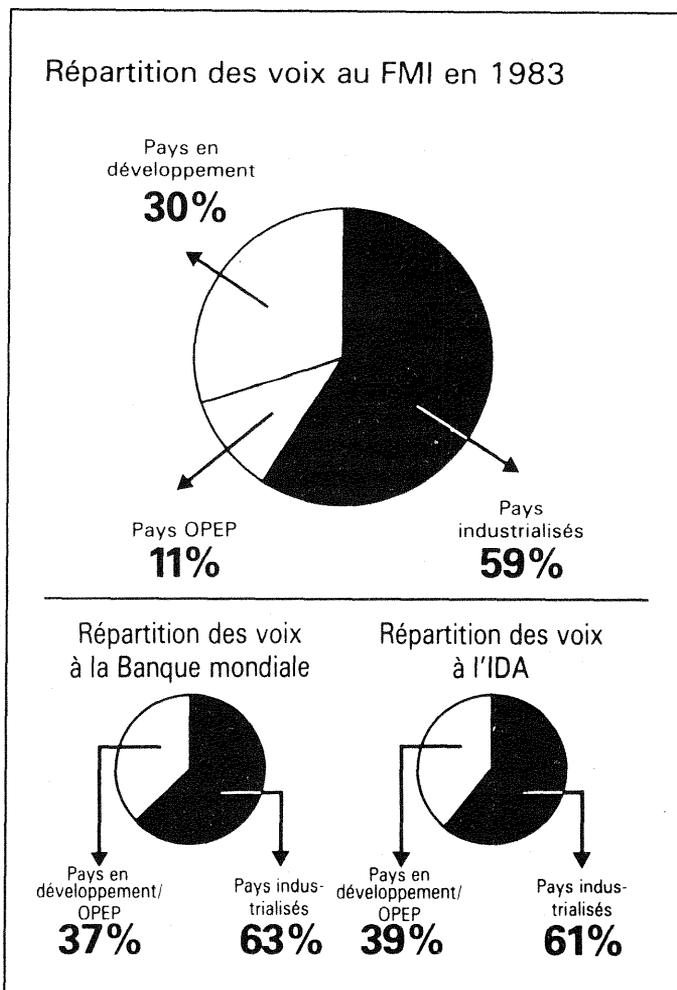
Weltbank und IWF sind internationale Organisationen, wo nicht jedes Land eine Stimme hat, wie in der UNO, sondern wo, wie in einer kapitalistischen Aktiengesellschaft, die Reichsten die meisten Stimmen haben. ...

Mehr Interesse für die Schuldenkrise zeigt die Regierung in Luxemburg, insbesondere am Boulevard Royal. Mit dem Ausbruch der Schuldenkrise wurde den Luxemburger Banken erlaubt, immer größere Anteile ihrer Profite als sogenannte Risikoprovisionen in den Kassen zu behalten. Für den Fall, wo die Banken risikobehaftete Kredite nicht mehr zurückbezahlt bekommen, sollen diese Provisionen dafür sorgen, daß den Banken das Geld nicht ausgeht. So die Theorie.

In der nebenstehenden Tabelle kann man die Operation am Beispiel des Jahres 1983 verfolgen: Damals machten sämtliche Luxemburger Banken zusammen Profite von 68,7 Milliarden, etwa die Höhe unseres Staatsbudgets. Von diesen 68,7 Milliarden gingen 52,6 Milliarden in die Risikoprovisionen. So daß unter dem Strich nur noch Profite von 16,1 Milliarden ausgewiesen wurden, auf denen 8 Milliarden Steuern bezahlt wurden.

Ohne Provisionen hätte ein mehrfaches an Steuern bezahlt werden müssen, die auf diese Weise der Staatskasse entgingen. Und dies zu einem Zeitpunkt, wo unter dem Stichwort der "Austeritätsopfer" die Lohnabhängigen - darunter auch die Bankangestellten - Opfer von Steuererhöhungen, Indexmanipulation und Reallohnneinbußen wurden. Die Tabelle zeigt, daß die Banken, die 1979 noch 32,9% ihrer Profite vor Provisionen als Steuern abgeben mußten, 1983 mit ganzen 12,0% davonkamen. Natürlich stecken die Banken diese Milliarden-Provisionen nicht in den Sparstrumpf, sondern legen sie zur Erzielung zusätzlicher Zinsprofite an.

Mit den Jahren erlaubte die Regierung den Banken, immer höhere Profitanteile als Provisionen vor dem Steueramt in Sicherheit zu bringen, wie Ministre du Trésor Jacques F. Poos am 15. April 1986 in der Europäischen Investitionsbank stolz verkündete: "Firstly new provisions broaden the possibilities of lump sum provisioning for claims at risk; the basis has been widened and the rates have been increased." Und am 28. Januar 1985 erklärte er dem Brüsseler Institut Royal des Relations Internationales, weshalb man den Banken diese Steuern schenken müsse: "Sur base d'un consensus entre les banques et les autorités de surveillance, la presque totalité des bénéfices a été thésaurisée afin de renforcer les provisions pour risques géographiques et les réserves. Considérant que les provisions pour risques géographiques sont de nature particulière, très différente de celle des provisions spécifiques classiques, elles constituent un élément de fonds propre." ...



	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
Kredite außerhalb Westeuropas									
bei Luxemburger Banken	29,7%	29,5%	30,9%	29,8%	32,4%	33,6%	30,6%	29,9%	29,5%
bei westeuropäischen Banken	44,0%	44,6%	47,4%	48,2%	51,5%	53,2%	51,7%	53,1%	53,9%
Kredite an Dritte Welt	12,5	15,0	15,7	15,7	15,8	15,4	15,9	20,0	25,8
Risikoprovisionen	7,7	8,7	20,8	40,9	52,6	47,2	54,5	51,0	42,4
Profite	22,2	21,6	36,0	56,7	68,7	67,5	79,6	76,6	69,5
Profite minus Provisionen	14,5	13,0	15,2	15,8	16,1	20,3	25,1	25,6	27,0
Steuern auf Profiten	7,3	6,6	8,2	8,0	8,2	9,8	11,8	11,4	11,3
Steuern von Profiten	32,9%	30,6%	22,8%	14,1%	12,0%	14,5%	14,8%	14,2%	16,3%

Milliarden Franken; nach IML und BIZ

In Wirklichkeit ist es so, daß die Luxemburger Banken viel weniger Geld in Entwicklungsländer leihen als ihre Konkurrenten. In den letzten Jahren leihen sie weniger als ein Drittel ihres Geldes außerhalb Westeuropas, während die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich registrierten westeuropäischen Banken rund die Hälfte außerhalb Europas leihen. Das geographische Risiko für die Luxemburger Banken ist also außergewöhnlich gering.

Die Luxemburger Banken haben also das Kunststück fertiggebracht, kaum von der Schuldenkrise betroffen zu sein und dann auch noch kräftig an der Schuldenkrise zu verdienen.

Wie in kaum einem anderen Land können es sich die Banken bei uns also leisten, die Schulden der Entwicklungsländer - mit Ausnahme ihrer staatlichen Südafrika-Kredite - zu erlassen.

Romain Hilgert

Dies bestätigt auch der Konjunkturbericht 1988/I der OECD: "Peu engagées vis-à-vis des pays en voie de développement fortement endettés et plus particulièrement tournées vers la zone du mark allemand et de l'ECU, les banques implantées à Luxembourg ont mieux su se protéger des turbulences financières de ces dernières années que celles d'autres places financières." Es besteht also überhaupt kein Grund, für diese international beispiellos aufgebauchten Provisionen, außer dem, Milliarden Profite vor dem Steueramt in Sicherheit zu bringen.

Kein Schuldennachlaß

"With regard to the debt strategy, the Fund's present role is basically the right one, albeit it may need reinforcement in certain areas. Radical solutions to the debt problem, such as merely forgiving the indebted countries some part of their debt, would produce only limited short-term gains to the countries receiving relief and in the long run would probably exclude them from access to the financial markets for years to come, thereby increasing rather than reducing the risk that they would default on their later repayment obligations."

Und für den Fall, wo diese Provisionen, die zur Zeit für zusätzliche Profite angelegt sind, abgebaut werden, und die Milliarden dann tatsächlich als Bilanzprofite ausgeschüttet werden, lobbyiert die ASSOCIATION DES BANQUES ET BANQUIERS (ABBL) schon seit mehreren Jahren bei der Regierung dafür, daß sie auch dann nicht integral versteuert werden müssen.

**Premierminister Jacques Santer
auf der Weltbanktagung 1987**
